



Dominik Nepp
Vizebürgermeister

Toni Mahdalik
Klubobmann



FPÖ protestiert gegen SPÖ-Hundetötungsgesetz



Einen Teilerfolg konnte die FPÖ-Wien in den letzten Wochen und Tagen gegen die rot-grüne Anti-Hunde-Lobby im Wiener Rathaus verbuchen. Durch den medialen Druck, den die FPÖ gegen das von „Tierschutz“-Stadträtin Ulrike Sima aufgebaut hat, hat SPÖ buchstäblich in letzter Sekunde jene Passagen, wonach jeder Listenhund, der einen Menschen verletzt, ex lege, also automatisch, ohne Berücksichtigung der Situation getötet werden muss, entschärft.



Das Gesetz, das nun beschlossen wurde, hat es dennoch in sich und wird nicht dazu beitragen, das Leben für Hundefreunde und deren vierbeinige Lieblinge in Wien einfacher zu machen. Die FPÖ-Wien vermutet, dass es offenbar rein darum gehe, Hunde langsam, aber systematisch aus der Stadt zu ekeln und die Bürger in Hundefreunde und andere, die eben keinen Hund haben, zu spalten.

Die FPÖ-Wien wird die Handhabung des neuen Gesetzes mit Argusaugen beobachten und Sima die Absurdität der daraus entstehenden Einzelfälle regelmäßig vor Augen führen. Ziel ist, dass dieses Tierhaltengesetz so rasch wie möglich wieder gekippt wird und durch ein gemeinsam mit Experten ausgearbeitetes Gesetz für alle ersetzt wird.

SPÖ, Grüne, Neos - und auch ÖVP - gegen sektorale Alkoholverbote

Zwei neue Anläufe für zwei sektorale Alkoholverbote hat es vergangene Woche gegeben. Die FPÖ hat im Gemeinderat ein sektorales Alkoholverbot am Floridsdorfer Franz Jonas-Platz beantragt, um die dort ansässige Trinkerszene zu vertreiben. Sogar dem Floridsdorfer SPÖ-BV Georg Papai ist es mittlerweile zu bunt geworden, auch er hat sich für das Alkoholverbot ausgesprochen. Nicht so die Rathaus-Roten und -Grünen: Der Antrag der FPÖ wurde mit den Stimmen von SPÖ, Grünen und Neos abgelehnt – man will offenbar den herumlungenden Alkoholkranken auf Kosten der Pendler, Anrainer und Passanten weiter die Mauer machen. Noch absurder endete eine Abstimmung in der Bezirksvertretungssitzung in der Josefstadt: Hier stimmte sogar die Bezirks-ÖVP gegen ein dringend überfälliges Alkoholverbot rund um den Alkohol- und Drogenhotspot U6-Josefstädterstraße. Die Bezirks-ÖVP stellte sich damit klar gegen ihre eigene Bundespartei und wird darüber wohl interne Gespräche führen müssen.



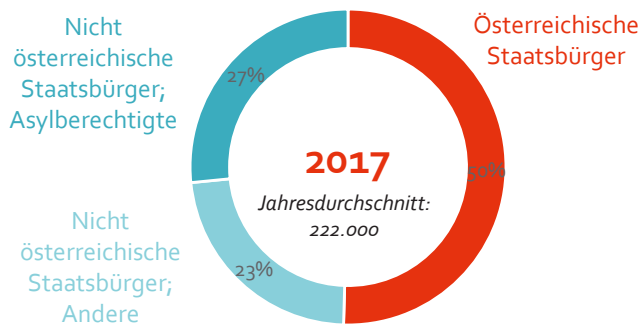
Mindestsicherungsreform für Wien besonders wichtig

Republik Österreich

Diese Grafik stellt den Vergleich im Bund dar.

62% der BMS-Bezieher beim AMS mit Migrations-Hintergrund

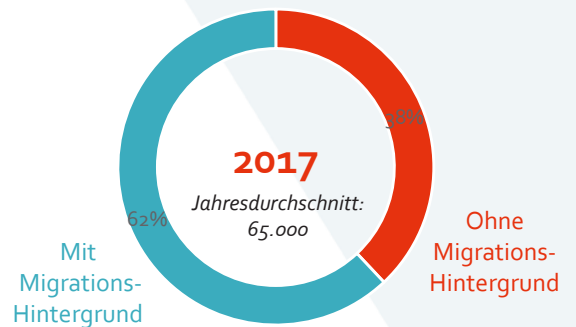
50% der BMS-Bezieher sind Österreichische Staatsbürger



Quelle: Statistik Austria

Reform der Mindestsicherung

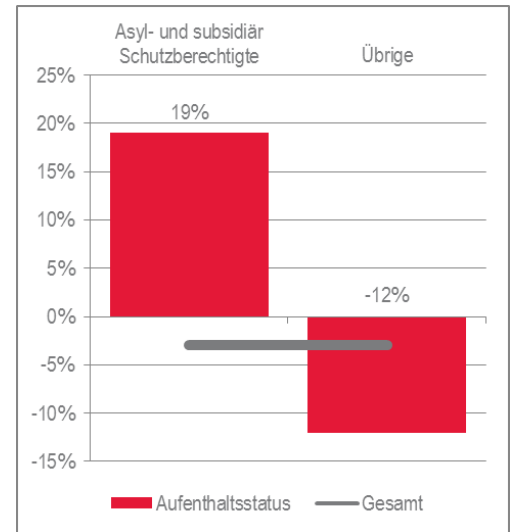
62% der beim AMS gemeldete BMS-Bezieher mit Migrations-Hintergrund



Quelle: AMS

Großen Widerstand gegen die Umsetzung der Mindestsicherungsreform der Bundesregierung gab es auch im Wiener Gemeinderat. SPÖ, Grüne und auch Neos sorgen sich um die leistungsfreie Rundumversorgung vor allem für Zuwanderer und „Flüchtlinge“ – denn wer sich auch weiterhin nicht integrieren will, wird in Zukunft weniger Geld bekommen. Fakt ist: Die Stadt Wien macht mit der Versorgung von Armutszuwanderern auch weiterhin enorme Schulden, was nicht zuletzt die hohe Zahl der Mindestsicherungsbezieher mit Migrationshintergrund beweist. Denn immerhin 68 Prozent der Mindestsicherungsbezieher in Wien haben

Migrationshintergrund. Der parallel dazu aufgeflogene mutmaßliche Millionenskandal rund um den Fonds Soziales Wien ist ein weiteres Indiz dafür, wie die Stadtregierung Steuergeld mit beiden Händen unkontrolliert an Zuwanderer verteilt. Zwar sinkt die Zahl der Mindestsicherungsbezieher in der Bundeshauptstadt insgesamt, der Anteil von Nicht-Österreichern steigt allerdings gleichzeitig. Es ist daher höchste Zeit, dass die Wiener Stadtregierung die Maßnahmen der schwarz-blauen Bundesregierung umsetzt.



Die Grafik zeigt den Anstieg bei Asyl- und subsidiär Schutzberechtigten in Wien im Dez. 2017 gegenüber Dez. 2016, bei gleichzeitigem Minus von 12% aller übrigen Beziehern der Mindestsicherung. (Quelle: Quartalsbericht der MA40 vom 8.1.2018.)



Hebein ist neue Grünen-Chefin



Birgit Hebein heißt die überraschende Siegerin im Duell um die Grüne Führungsspitze, die ab dem Jahreswechsel die Agenden der bisherigen Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou übernimmt. Die FPÖ-Wien sieht Hebeins Wahl entspannt – denn mit dem deutlichen Linksruck in-

nerhalb der Wiener Stadtregierung wird es höchstens für Bürgermeister Ludwig Schwerer. In Sachen Mindestsicherung, Alkoholverboten und Migration jedenfalls hat sich Hebein bereits als Links-Außen positioniert und bedient maximal die Interessen der Tischlein-Deck-Dich-Sozialromantiker innerhalb der rot-grünen Fundis. Wie Lud-

wig – der innerhalb seiner eigenen Partei als eigentlich nicht links genug gilt, mit `der Neuen` klar kommt, wird sich weisen. **So manche Medien wollen bereits jetzt verfrühte Neuwahlen orten – die Wiener FPÖ sieht diese aktuell nicht. Leider, denn bereit dafür wären die Rathaus-Freiheitlichen allerdings allemal!**